



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/113 - 16.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Der "Rebell" außer Dienst	S. 1
Ignazio Silone: Die Franco-Tyrannie	S. 3
Berlin im achten Nachkriegsjahr (Dritter Bericht einer Untersuchung an Ort und Stelle)	S. 5

Dr. Kathers Unfall

Von Ernst Paul, MdB

Für den 4. Mai hatte der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Deutschen, Dr. Linus Kather, die Mitglieder seiner Organisation zu einer Demonstration nach Bonn aufgerufen. Zehntausende aus dem ganzen Bundesgebiet waren seinem Rufe gefolgt. Selbst pessimistische Schätzungen sprachen von 50000, die auf dem Marktplatz zu Bonn aufmarschiert waren.

In zweistündigen Ausführungen hat damals Dr. Kather seine Auffassung begründet, daß das Gesetz über den Lastenausgleich in der vorliegenden Form unannehmbar sei. Begeisterte Zustimmung der Versammelten dankte dem Redner für diese Erklärung.

Zwei Tage später begann im Bundestag der Endkampf um den Lastenausgleich. Dr. Kather verstand es, das Gesicht zu wahren. Zu einem Bukett von 25 Anträgen bemühte er sich, das Gesetz zu verändern. Er erlebte aber das beschämende Schauspiel, daß zahlreiche seiner Anträge wohl die Unterstützung der SPD fanden, während seine eigene Partei, die CDU, sie ablehnte. Dr. Kather stand in seinen eigenen Reihen einsam auf weiter Flur. Vielfach kam es sogar zwischen ihm und Dr. Kunze, dem Lastenausgleichsexperten der CDU, zu erregten Auseinandersetzungen.

Zwischen dem Aufmarsch in Bonn und der Dritten Beratung der Gesetzesvorlage im Bundeshaus lagen zehn Tage. Sie reichten aus, um den großen Redner vom Marktplatz für einen Unfall im Bundestag reif zu machen. Dr. Kather vollzog ihn mit einer an Schamlosigkeit grenzenden Offenheit.

Was sich in den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen Dr. Adenauer, Dr. Schäffer, Pferdenges und Dr. Kather abspielte, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie waren, wie

wiederholte, von der CDU beantragte Unterbrechungen der Sitzungen bewiesen, langwierig, aber "erfolgreich". Dr. Kather kapitulierte.

Er tat dies um ein Linsengericht. Was die Regierungskoalition ihm hinwarf und was Dr. Kather schluckte, ist ein Bruchteil dessen, was er kurz vorher gefordert hatte. Die 850 Millionen, die er selbst ausrechnete, bestehen aus 200 Millionen Mehraufkommen aufgrund eines sozialdemokratischen Antrages, der Rest aber sind Vorleistungen, die später zum Fehlen kommen werden. Um diesen Preis hat er heimgefunden.

Als Dr. Kather am Donnerstag seinen Unfall begründete und seine Zustimmung zum Lastenausgleich erklärte, fand er, der vorher isolierte und fast verfeimte Mann, den begeistertsten Beifall der Regierungsparteien. Dies ist verständlich. Es wird beim Beifall nicht bleiben. Zweifellos ist Herrn Dr. Kather, - wie ein SPD-Redner feststellte - der Dank des Hauses Adenauer gewiß.

Dr. Kather kann nach diesem neuesten Akt politischer Rückgratlosigkeit den traurigen Ruhm beanspruchen, der Kapitulationsfreudigste Politiker innerhalb der Regierungsparteien zu sein. Was ist aus all' seinen "unabdingbaren" Forderungen geworden? Als er seinerzeit zum Sturm gegen Finanzminister Schäffer einsetzte, die Kampagne gegen Flüchtlingsminister Lukaschek begann, seinen Koalitionspartnern mit der Straße drohte, kroch er immer wieder zu Kreuze, schmolz sein 'revolutionärer' Mut dahin wie Schnee in der Frühlingssonne.

Was werden nun, das ist die Frage, die von Dr. Kather geführten - man möchte sagen: genasführten - Vertriebenen sagen? Ihr Aufwand an Kraft, Zeit und Geld, um durch Demonstrationen ein hinreichendes Opfer der Besitzenden zu erreichen, wurde vergeudet. Die Interessen der übergroßen Mehrheit dieser Menschen wurden auf dem Altar der Besitzbürgerregierung geopfert. Die Untergliederungen des BvD überschütteten bis zur letzten Stunde die Abgeordneten aus dem Kreise der Vertriebenen mit Zuschriften, in denen diese beschworen wurden, den unsozialen Lastenausgleich abzulehnen, - ihr erster Vorsitzender aber stimmte mit Ja!

War alles nur ein frevles, ein abgekartetes Spiel? Ein Spiel mit verteilten Rollen? Die Zukunft wird die Antwort auf diese Fragen geben. Dem Kenner der Verhältnisse allerdings kommt der Unfall des Dr. Kather nicht überraschend. Er ist selbst ein Besitzbürger - und nicht einmal ein ver-
hinderter.

Franco-Spanien - die Hoffnung aller Faschisten

Von Ignazio Silone

Die Maiausgabe des Londoner "Socialist Commentary" veröffentlicht eine Rede, die der weltberühmte italienische Dichter und Schriftsteller Ignazio Silone vor einigen Wochen in Paris gegen die Todesurteile an neun Gewerkschaftern in Franco-Spanien gehalten hat. Das Gewicht dieser Botschaft Silones verleiht ihr eine Bedeutung weit über den tragischen Augenblick hinaus, an welchem sie gesprochen wurde.

Trotz der militärischen Niederlage Mussolinis und Hitlers lebt ihr Regime in einem wichtigen Lande Europas weiter. Und von diesem Lande erhalten der italienische Neo-Faschismus und der deutsche Neo-Nazismus Hilfe und Ermutigung für ihre Revancheträume. Francos Überleben ist ein Grund zum schlechten Gewissen unserer Demokratien - unglücklicherweise nicht der einzige. Leider leben wir in Italien unter der Bedrohung des altersschwachen Konservatismus, den Miguel Unanuno "gebrechliche Demokratie" - "frail democracy" - nennt. Ich würde nicht bei diesem Punkt verweilen, wenn die Urteile von Barcelona und Sevilla nicht eine Warnung für die Welt jenseits der Pyrenäen wären. In den demokratischen Ländern nehmen die unheilvollen Symptome zu, welche an die politische Krisis der dreißiger Jahre erinnern, wenn auch nicht in den äußern Erscheinungsformen.

Da ist einmal die Unfähigkeit der bestehenden Einrichtungen in der Lösung der sozialen Probleme. Da sind es die wachsende Apathie und der sich verschärfende Skeptizismus der Arbeiterschaft, deren revolutionäre Hoffnungen enttäuscht wurden. Da ist es die Ausbreitung faschistischer und autoritärer Demagogie, welche die Aufmerksamkeit der Massen auf falsche und unreale Ideen lenkt, die sie hindert, den Tatsachen in die Augen zu sehen und nach vernünftigen Lösungen zu suchen.

Wollen wir in unserer Opposition gegen den Totalitarismus unerbittlich bleiben, müssen wir die falschen Dilemmas in Bezug auf die Werte, die uns teuer sind, zurückweisen. Jede absolute Rangordnung der Werte, die einen Wert dem andern unterordnet, ist abzulehnen; denn dadurch werden schließlich alle entwertet. Konkreter: Wir

müssen ein für allemal die Auffassung aufgeben, wonach entweder die Freiheit dem Frieden oder der Frieden der Freiheit geopfert werden müsse.

Die Menschheit selbst sieht sich in diesen neun Verurteilten personifiziert. Nichts, was Francos Henker auch immer über sie verleumden, um ihren Namen zu beschmutzen, sie zu isolieren, kann uns beeindrucken. Wir kennen diese Methoden, die Methoden aller Diktaturen. Wir kennen die Technik der Fälschung offensichtlicher Tatsachen, der Vermischung verschiedener Fälle, die keine Beziehungen zueinander haben, um die Angeklagten besser beschuldigen zu können. Im faschistischen Italien kündete einst ein Erlass Mussolinis das Verbot oppositioneller Gruppen und die Schließung einer Anzahl Bordelle in einem und demselben Paragraphen an.

Zum Schluß möchte ich auf ein bedeutsames Ereignis im religiösen Leben Spaniens hinweisen, das in diesem Jahre stattfindet. Das soll geschehen mit aller Achtung, die ich hege für jede Äußerung christlichen Glaubens. Dieses Jahr findet der Internationale Eucharistische Kongreß - die bedeutsamste katholische Manifestation zu Ehren von Christus - in Spanien statt. Ich hoffe, es möge nicht als unehrerbietig betrachtet werden, wenn ich die Aufmerksamkeit der höchsten geistlichen Autoritäten auf die Gewissenskonflikte der Christen hinlenke, die hervorgerufen werden durch die unvermeidliche Teilnahme des Caudillo an den Zeremonien des Kongresses. Wahrlich, ein Judas nahm am ersten Mahle des Herrn teil.

Geht aber die Fötung Unschuldiger weiter, so setzt sich Herodes mit all seinem Pomp, mit Händen, die mit frischem Blut befleckt sind, an den Tisch.

Die Tatsache des Weiterlebens des Franco-Regimes ist ein fortgesetztes Hindernis der westlichen Verteidigungspolitik. Seine Terrorakte stellen jeden von uns vor eine Gewissensentscheidung, der wir nicht ausweichen können. Jeder, der hierzu schweigt, trägt Mitverantwortung an diesen Verbrechen.

Flüchtlingsfilter - Berlin, Kaiserdamm 85

P.R. - Berlin.

"Der Leiter des Notaufnahmeverfahrens Berlin und Beauftragter der Bundesregierung" steht auf dem Metallschild am Hause Kaiserdamm 85 in Westberlin. In Wahrheit sind es drei Gebäude um dieses Haus herum, die dieser Aufgabe dienen. Der ständige Strom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem Westen - im Monat sind es seit längerem durchschnittlich über 5000 - fließt hier zunächst zusammen und wird in diesem Hause, wenn der Ausdruck erlaubt ist, zum ersten Mal gefiltert. Korridore und viele Wartezimmer sind voll Menschen, denen man ihre sowjetzonale Herkunft auf den ersten Blick ansieht. Fast alle sind ärmlich gekleidet, die meisten mit verhärmten Gesichtern, denen die Spuren vieler Kümernisse ein-geprägt sind. Aber man sieht auch solche, aus denen die Freude spricht dem Paradies jenseits des Eisernen Vorhanges entronnen zu sein und wieder andere, auf denen die bange Erwartung liegt, ob es gelingen werde, in der neuen Heimat Fuß zu fassen.

Wo beginnen die "politischen Schwierigkeiten"?

Vor dem Tisch, an dem der Beschwerdeausschuß aus fünf Personen, darunter zwei Volljuristen, Platz genommen hat, sitzt eine junge Frau und macht ihre Aussage. Ihr Fall wurde bereits in der ersten Instanz, im "Aufnahmeausschuß", behandelt und ablehnend beschieden. Schließt sich der "Beschwerdeausschuß" der ersten Entscheidung an, bleibt ihr noch die Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht Berlin, ein Weg der freilich selten beschritten wird. Die junge Frau erzählt mit flinkem Mundwerk eine lange, leicht abenteuerliche Geschichte. Diejenigen, denen sie berichtet, machen skeptische Gesichter. Sie, die täglich acht bis zehn Fälle zu prüfen haben, haben inzwischen ein feines Ohr für Zwischentöne und Nuancen bekommen, denn natürlich wird viel geschwindelt. "Zumutbare Beweismittel", ein immer wiederkehrender Begriff, fehlen in diesem Fall, in der Aussage stehen Widersprüche neben Unwahrscheinlichkeiten und alles zusammen ergibt das Bild einer der vielen Fälle, bei denen die Flucht ganz offenbar nur dem Wunsch entsprang, eben nicht mehr in der SBZ, sondern im Westen zu leben, ohne daß ein dringender Notstand vorliegt. Damit entfällt der Grund für die Anerkennung.

Nach den Bestimmungen im Notaufnahmegesetz erfolgt die Aufnahme in allen Fällen, in denen "eine drohende Gefahr für Leib und Leben oder für die persönliche Freiheit" besteht oder in denen der Betreffende "aus sonstigen zwingenden Gründen" das Gebiet der SBZ verlassen mußte. Man kann sich denken, wie schwer es oft ist, im Rahmen einer so weit gespannten Begriffsbestimmung Klarheit zu schaffen. Die Beweisaufnahme ist einmal durch die nichtgegebene Möglichkeit, Erkundigungen an Ort und Stelle einzuziehen, lahmgelegt, die Papiere, die vorgelegt werden, sind meist unzureichend. Auch ist der Begriff der "politischen Schwierigkeiten", der in der Bestandsaufnahme eine große Rolle spielt, im einzelnen Fall oft schwer zu umreißen. Sicher gehören z.B. wirtschaftliche Schwierigkeiten im Sinne des Gesetzes nicht zu den ausreichenden Gründen

für eine Flucht, anders aber liegen die Dinge, wenn diese Art von Schwierigkeiten auf politische Ursachen zurückzuführen ist. Das zu entscheiden, ist oft sehr schwer. Im Grundsatz sollen nur solche Personen aufgenommen werden, die in eine, allen Bewohnern der SBZ gemeinsame Bedrängnis hinausgehende Zwangslage geraten sind, welche ihr Verbleiben in der SBZ oder im Ostsektor von Berlin unmöglich machen.

Anerkannte und Nichtanerkannte

Als Stufen der Bestandsaufnahme gibt es die allgemeine Vorprüfung, die Aufnahmeausschüsse, von denen es acht gibt, und drei Beschwerdeausschüsse. Einigermassen typisch für die Ergebnisse dieses Prozesses ist der April 1952. 5.300 Personen meldeten sich, davon 1.217, die schon einmal nach dem ursprünglichen Berliner Gesetz überprüft worden waren und die nun nach dem neuen Bundesgesetz, das inhaltlich gleich ist, behandelt werden. Es sind keine echten Zugänge, neu waren 4.118 Fälle, 889 davon kamen wegen Unzuständigkeit in gar kein Verfahren, 3.446 wurden behandelt, wovon wiederum 522 Jugendliche sofort in das Lager Poggenhagen abtransportiert wurden. Von den restlichen 2.754 wurden 91 als besonders dringende Fälle und 1.280 "aus sonstigen zwingenden Gründen" aufgenommen, 1.244 wurden abgelehnt.

Interessant ist auch die berufliche Aufteilung: 1.578 waren Arbeiter, 867 Beamte und Angestellte, der Rest Selbständige. Von den Aufgenommenen bleiben nach einer Vereinbarung mit dem Bunde 20 Prozent in Berlin, 80 Prozent werden in die Länder der Bundesrepublik geflogen, obwohl der größere Teil den Wunsch hat, in Berlin zu bleiben. Natürlich wird niemand gezwungen, auch wenn er nicht anerkannt ist, zurückzugehen. Aber die Situation für die Nichtanerkannten ist gegenüber den Anerkannten, die alle Rechte eines Staatsbürgers der Bundesrepublik erhalten, recht prekär. Ihre Zahl ist groß. Seit Anfang 1949 haben rund 200000 Personen aus der SBZ und dem Ostsektor Berlins um Aufnahme nachgesucht, nur rund 78000 davon konnten als politische Flüchtlinge anerkannt werden.

Gerade der Personenkreis der Nichtanerkannten ist durch seine ungeklärte Lebenssituation besonders gefährdet. Die Rückkehr in die Heimatorte wird, was verständlich ist, fast ausnahmslos abgelehnt, denn natürlich würde sich ihre Situation nach einer Rückkehr aus dem Westen automatisch sehr verschlechtern. Andererseits belasten die Gefahren, ohne die volle Unterstützung staatlicher Einrichtungen leben zu müssen, diese Gruppe sehr. Viele Jugendliche, soweit sie nicht in die Lager kamen, aber auch Ältere kommen in die unmittelbare Gefahr, in die Kriminalität abzusinken, sie müssen, wenn das vermieden wird, illegale Arbeit unter Tarif leisten, ihre psychologische Lage entspricht diesen zusätzlichen Erschwerungen und führt sie allzu leicht in den politischen Extremismus. Das Problem der abgewiesenen Zugewanderten bleibt eine der dringendsten Sorgen. Erfreulich ist, daß die bisherige Handhabung der Überprüfung der Flüchtlinge und eine zweckmäßige Aufklärung über ihre Methoden auch in die Sowjetzone hinein dazu geführt haben, daß der Flüchtlingsstrom wenigstens nicht wächst, sondern sich seit längerem auf gleicher Höhe bewegt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau